

II - 75 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 57/1

1979-07-03

A n f r a g e

der Abgeordneten DR.GÖTZ, DR.HAIDER, DR.FRISCHENSCHLAGER, GRABHER-MEYER

an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung

betreffend Zweiter Bericht der Volksanwaltschaft - erhöhter Umsatzsteuersatz für Behindertenfahrzeuge

Im Zusammenhang mit einem Härtefall, der sich aus der Tatsache ergibt, daß auch Kraftfahrzeuge für Behinderte dem erhöhten Umsatzsteuersatz unterliegen, führte die Volksanwaltschaft in ihrem Zweiten Bericht an den Nationalrat (Seite 74) unter anderem folgendes aus:

"Die Volksanwaltschaft ist der Auffassung, daß es nicht formale Gründe sein dürfen, die die Benachteiligung eines bestimmten Personenkreises zur Folge haben, insbesondere dann nicht, wenn es sich, wie im vorliegenden Fall, um einen besonders schutzwürdigen Personenkreis handelt. Die Volksanwaltschaft regt daher an, auf sozialrechtlichem Gebiet die notwendige soziale Berücksichtigung der unbestritten gegebenen Härte zu schaffen".

Die derzeitige Regelung sieht zwar die Abgeltung der erhöhten Umsatzsteuer für Behinderte beim Ankauf eines PKWs vor, doch ist dies an die Voraussetzung geknüpft, daß der Antragsteller aus beruflichen Gründen ein Kraftfahrzeug dringend benötigt. Somit gilt diese Erleichterung gerade für jene Behinderten nicht, deren physischer Zustand eine Berufstätigkeit ausschließt.

Da in der zitierten Empfehlung der Volksanwaltschaft Maßnahmen auf sozialrechtlichem Gebiet angesprochen werden, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die

- 2 -

A n f r a g e :

Wie lautet Ihre Stellungnahme zu der oben aufgezeigten Problematik ?